



Doris Leuthard in der Zange

Kantone kritisieren vorgeschlagene Leistungskürzungen der **Arbeitslosenversicherung** – damit droht eine zweite gegnerische Front
Die ALV-Revision wird von Gemeinden, Städten und Kantonen bekämpft. Sie erwarten mehr Sozialhilfefälle.

MARCELLO ODERMATT

Nun bläst Doris Leuthard ein noch kühlerer Wind entgegen. Die vorgeschlagene ALV-Revision – ein Mix aus höheren Lohnbeiträgen und Leistungskürzungen – wird nicht länger nur von FDP und SVP bekämpft, die eine Erhöhung der Beiträge ablehnen. Jetzt gibt es noch von anderer Seite Widerstand: Die Städteinitiative, der Gemeindeverband und die Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren kritisieren

die Leistungskürzungen und unterstützen nur Beitragserhöhungen. Besonders stört sie, dass für den Bezug von 400 Taggeldern die Leute neu 18 statt 12 Monate lang Beiträge zahlen sollen. Kommunen und Kantone befürchten eine Verlagerung der Arbeitslosen von der ALV zur Sozialhilfe, die fast ganz von Gemeinden und Städten finanziert wird. Ruedi Meier, Präsident der Städteinitiative und Sozialdirektor der Stadt Luzern, sagt, weil Arbeitsintegrationsprogramme nicht mehr als Beitragszeit anerkannt würden, hätten viele Menschen noch weniger Chancen, von der Sozialhilfe wegzukommen. Auch die St. Galler Regierungsrätin Kathrin Hilber, Präsi-

den der kantonalen Sozialdirektoren, sagt: Wenn es wegen Reformen weniger IV-Rentner oder ALV-Bezügler gebe, dann seien sie nicht verschwunden, sondern tauchten als Sozialhilfebezügler wieder auf.

Statistisch lässt sich diese Hypothese nicht belegen. Das Bundesamt für Sozialversicherungen untersucht derzeit den Effekt wissenschaftlich. Für Ruedi Meier ist klar, dass die letzten Reformen bei IV und ALV zur Verschiebung beigetragen haben. Für schwervermittelbare sei die Hürde grösser geworden, um Taggeld oder Rente zu bekommen. Seit Jahren beobachteten die Städte, «dass die restriktivere Pra-

xis» zur «Mehrbelastung der Sozialhilfe» führe. Meier und Hilber, beide Vertreter der Linken, erhalten Sukkurs vom Schaffhauser SVP-Ständerat Hannes Germann, Präsident des Gemeindeverbands. Sozialwerkewürden zwar via nationale Reformen entlastet, die Kosten müssten aber die Gemeinden übernehmen. Die Fristverlängerung auf 18 Monate sei inakzeptabel. Arbeitslose Berufseinsteiger würden von Beginn an zur Sozialhilfe gedrängt. Welche Chancen die Anliegen bei den Beratungen in den eidgenössischen Räten haben, ist unklar. Für Hilber ist aber sicher, dass «das Ganze noch nicht gelaufen» ist.